

26.10.2018

Strukturkommission darf nicht am grünen Tisch entscheiden sondern muss endlich mit Betroffenen in Dialog treten



Etwa 30.000 Menschen versammelten sich am Mittwoch zu einer der größten Kundgebungen in der Geschichte des Rhein-Erft-Kreises in Elsdorf.

An dem Demonstrationszug von IGBCE und ver.di in Bergheim bzw. der Kundgebung in Elsdorf am Mittwoch dieser Woche haben zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten teilgenommen. Unter ihnen der SPD-Fraktionsvorsitzende im NRW-Landtag, Thomas Kutschaty, der Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan, die Landtagsabgeordneten Eva-Maria Voigt-Küppers, Guido van den Berg und Stefan Kämmerling sowie die Bürgermeister Rudi Bertram (Eschweiler), Hermann Heuser (Niederzier) und Sascha Solbach (Bedburg).

Hierzu erklärt der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Guido van den Berg:

„Mich hat beeindruckt, dass nicht nur Bergleute und Kraftwerker auf der Straße waren sondern auch viele Arbeitnehmer der energieintensiven Aluminium- oder Chemieindustrie. Sie mahnen alle zu Recht, dass die Wettbewerbsfähigkeit unseres Industrielandes für eine erfolgreiche Energiewende zu beachten ist. Ich weiß

nicht, ob die Strukturwandelkommission das ausreichend tut. Es wäre vermutlich besser gewesen, auch direkt einen handfesten Betriebsrat, einen energieintensives Unternehmen der Region oder auch einen wirklich vor Ort betroffenen Bürgermeister in das Gremium zu schicken. Die Forderung nach einem Sofort-Ausstieg ist einfach. Schwieriger ist die Antwort in welche konkreten neuen Wertschöpfungen man eingestiegen wird. Sowa kann man nicht am grünen Tisch in Berlin klären - sondern nur im ganz konkreten Dialog mit Betroffenen. Und das geschieht deutlich zu wenig.“ F



Auf der Kundgebung dabei: Daniel Rinkert, Dietmar Nietan MdB, Eva-Maria Voigt-Küppers MdL, Gregor Küppers, Guido van den Berg MdL, Stefan Kämmerling MdL und Bürgermeister Sascha Solbach.



Thomas Kutschaty (2.v.r.) wurde auf der zuvor stattfindenden Demo in Bergheim vom Bergheimer SPD-Vorsitzenden Franz Schallenberg (1.v.r.) und weiteren Genossinnen und Genossen begrüßt.

Zwischenbericht der Strukturwandel-Kommission ist eine Enttäuschung

SPD erkennt noch keinen Plan für eine gute Zukunft im Rheinischen Revier – Fehlende Einbindung der Betroffenen Arbeitnehmer und Kommunen angemahnt.

Der heute bekannt gewordene Zwischenbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ist aus Sicht des SPD-Kreisverbandes Rhein-Erft eine Enttäuschung. „Es fehlt ein Plan an den bestehenden Industriestrukturen der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie und der Aluminiumindustrie anzuknüpfen“, erklärt der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Guido van den Berg: „Stattdessen wird unstrukturiert ein Sammelsurium von alten und neuen Einzelprojekten aufgelistet. Mit der Biografie der vom Wandel betroffenen Arbeitnehmer hat das nichts zu tun und eine Strategie, wie die Kompetenz der Region und das Know-How der Beschäftigten im Themenfeld Energie und Rohstoffe weiter entwickelt werden kann, ist nicht erkennbar.“

Beamtenjobs statt Industriearbeitsplätze?

Besonders verstörend findet die SPD den Vorschlag des Bundesverwaltungsamt von Köln 20 Kilometer weiter ins Rheinische Revier zu verlagern. „Sowas dokumentiert Ideenlosigkeit. Die Kaufkraft einer Bundesbehörde ist zwar schön, aber man hätte sich besser mal die Mühe gemacht an bestehende Wertschöpfungsstrukturen anzuknüpfen und diese weiter zu entwickeln. Nur so werden wir das Niveau der Region halten können“ stellt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Dierk Timm fest. Er erinnert daran, dass man diesen Auftrag frühzeitig mit dem Revier-Appell an die Kommission getragen hat: „Leider wurde das nicht aufgegriffen.“

Fehlende Einbindung der Betroffenen Unternehmen, Arbeitnehmer und Kommunen

Sascha Solbach ärgert sich, dass die Texte ohne eine Einbindung der betroffenen Kommunen entstanden sind: „Warum schreiben da nur irgendwelche Ministerialräte und Verbändevertreter irgendwas zusammen? Man muss mal mit den wirklich betroffenen Städten und Gemeinden vor Ort sprechen und deren Probleme und Ideen aufnehmen.“ Der Bedburger Bürgermeister fordert „Wir brauchen dringend einen vernünftigen und breit angelegten Abstimmungs- und Beteiligungsprozess, bei dem man die betroffenen Städte, Hochschulen, aber auch die vielfältig von Energieversorgung abhängigen Unternehmen und die Arbeitnehmer direkt einbindet. Das jetzt vorgelegte Papier ist so nicht akzeptabel.“

Der Osten ist abgestimmter und klarer.

Die Sozialdemokraten weisen auch darauf hin, dass der Vorschlag, als Rheinisches Revier nur 5-6 Milliarden Euro über die nächsten 20 Jahre anzumelden, vollkommen abwegig sei. In der Braunkohle seien im letzten Jahr Löhne und Gehälter von 740 Mio. Euro gezahlt und Aufträge von 730 Mio. Euro vergeben worden, wobei indirekte Effekte oder Kaufkrafteffekte in diesen Zahlen noch unberücksichtigt seien. „Wenn man richtig rechnet, hätte man einen zweistelligen Milliardenbetrag aus dem Rheinischen Revier fordern müssen. Die Ministerpräsidenten von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben letzte Woche deshalb 60 Mrd. Euro als Finanzbedarf errechnet. NRW war hier leider nicht dabei und meldet nun offenbar einen unzureichenden Finanzbedarf an“ stellt Guido van den Berg ernüchtert fest.

Für Offenheit, Toleranz und Vielfalt! Kundgebung in Brühl



Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Brühl und anderen Städten des Kreises hatten sich am Dienstagabend zu einer Kundgebung vor dem Brühler Rathaus versammelt. Veranstalter war das Brühler Bündnis für Offenheit, Toleranz und Vielfalt, das sich aus der SPD, allen weiteren im Stadtrat vertretenen Parteien, den Jugendorganisationen, kirchlichen Gruppen, Karnevalsvereinen, Sportvereinen und Dorfgemeinschaften gebildet hatte. Dort zeigten die rund 800 Menschen, wie schwach die zeitgleich in Brühl stattfindende AfD-Veranstaltung mit knapp 150 Gästen besucht war. Auch Brühls Bürgermeister Dieter Freytag (SPD) war bei der Kundgebung

dabei. „Brühl ist bunt – Brühl ist Vielfalt. Das haben die Brühler heute wieder herausgestellt“ kommentierte Dieter Freytag die Kundgebung. Landrat Kreuzberg war ebenfalls vor Ort und sprach zu den Versammelten.

Am Bühnenprogramm der Kundgebung beteiligten sich mehrere Brühler Vereine und Musikgruppen, darunter auch der SC Brühl, der für die Kundgebung extra sein Training verschoben hatte. Die Fußballspieler bekannten sich auf der Bühne zu einer vielfältigen Gesellschaft und stellten die Rolle des Sports im Bereich der Integration heraus. Mit brasilianischen Trommel-Rhythmen, einem Rap von Jugendlichen und zahlreichen Kölschen Liedern wurde das Programm musikalisch abgerundet.

Die Kundgebung hatte einen friedlichen Verlauf, Zusammenstöße mit Besuchern der AfD-Veranstaltung blieben aus und so war es ein fröhlicher und friedlicher Abend im Herzen der Brühler Innenstadt.



IMPRESSUM:

Rhein-Erft **SPD** – Kreisgeschäftsführer Johannes Stracke (V.i.s.d.P.) – Fritz-Erler-Str. 2, 50374 Erftstadt
Tel.: 02235/927 140 – Fax: 02235/927 1419 – Mail: info@rhein-erft-spd.de – Web: www.rhein-erft-spd.de